

**Pressekonferenz zur Vorstellung der Studie
„Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten –
Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie“**

Berlin, 29. Juli 2010

Statement von Prof. Dr. Christoph Kaserer

Inhaber des Lehrstuhls für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität München

Auszug aus dem Pressestatement - es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
die umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen der Banken haben dazu
geführt, dass die Rolle des Staates im Bankensektor sich nochmals ausgeweitet hat.
Sie ist in Deutschland traditionell ohnehin vergleichsweise hoch. Mittlerweile hält die
öffentliche Hand im Bankensektor etwa 50 Prozent des Marktanteils, wenn man die
KfW, die Postbank und die Commerzbank dazu zählt. Empirische Erhebungen
zeigen, dass Unternehmen und Banken in Staatsbesitz aufgrund schwächer
ausgeprägter Anreiz- und Kontrollmechanismen eine niedrigere Effektivität
aufweisen als in Privatbesitz befindliche Wettbewerber. Nur Markt und Wettbewerb
gesteuerte unternehmerische Tätigkeiten gewährleisten am besten den effizienten
Umgang mit knappen Ressourcen. Dazu gehört auch die Bereitstellung innovativer
Dienstleistungen. Dort, wo betriebswirtschaftliche Entscheidungen durch politische
Interessen überlagert werden, ist ein solches Ergebnis nicht mehr zu erwarten.

Ein Rückzug des Staates ergibt sich nicht nur aus ordnungspolitischen
Überlegungen heraus. Die Finanzkrise hat gezeigt, mit welchen enormen Risiken
unternehmerisches Handeln des Staates verbunden ist. Dies lässt sich sehr gut
illustrieren, in dem man den Ursprung der direkten Kosten der Bankenkrise genauer
beleuchtet und analysiert.

Unser Gutachten, das wir im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
erarbeitet haben, zeigt: Die direkten Kosten für den Steuerzahler aufgrund der
Rettung der Banken werden sich voraussichtlich in einer Spannbreite zwischen 34,2

und 51,8 Milliarden Euro bewegen. Das entspricht 1,4 bis 2,2 Prozent des BIP. Dabei sind rund 80 Prozent dieser direkten Kosten der Rettung der schon vor der Krise staatlich kontrollierten Banken, also den Landesbanken und der IKB, zuzuordnen. Allein die Rettung der IKB belastete den Steuerzahler mit 9,6 Milliarden Euro. Die Kosten für die ausgesprochenen Kreditgarantien werden sich unserer vorsichtigen Schätzung nach in der Bandbreite zwischen 2,5 und 5,4 Milliarden Euro bewegen. Hinzu kommen die Kosten aus den stillen Einlagen und Eigenkapitalbeteiligungen. Gerade bei Letzteren wird das Ergebnis sehr stark davon abhängen, wie sich die Märkte in der nächsten Zeit entwickeln werden.

Auf Basis historischer Bewertungsrelationen gehen wir davon aus, dass sich die Kosten der Eigenkapitalbeteiligungen im ungünstigen Fall auf 11,7 Mrd. Euro addieren werden, im günstigen Fall könnte aber auch ein Gewinn für den Steuerzahler in der Größenordnung von 2 Milliarden Euro entstehen.

Umgerechnet auf Kosten pro Einwohner ergibt sich eine Belastung zwischen 417 und 632 Euro. Ich muss darauf hinweisen, dass die Abschätzung dieser Kosten auf Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Informationen beruht. Wie sich die Märkte – aber auch einzelne Banken – in Zukunft genau entwickeln, kann heute noch niemand vorhersehen.

Die Verluste der Landesbanken und anderer von der öffentlichen Hand kontrollierten Banken in der Finanzkrise zeigen auf, welcher massive Schaden für den Steuerzahler eintreten kann, wenn der Staat direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Insoweit gehört es auch zu den Einsichten aus der Finanzkrise, dass sich die öffentliche Hand mittelfristig wieder aus den Beteiligungen zurückziehen muss, wie das im Übrigen auch richtigerweise im Finanzmarktstabilisierungsgesetz vorgesehen ist.

Bleibt die Frage, wie sich der Staat im Einzelnen aus den Bankenbeteiligungen zurückziehen soll. Für den Exit aus den ehemals privaten Banken empfehlen wir zwei Wege:

- Möglichkeit 1: Die Veräußerung der Beteiligungen an eine größere Zahl von Investoren im Wege eines öffentlichen Angebots oder einer Privatplatzierung.
- Möglichkeit 2: Die Veräußerung an einen strategischen Investor.

Beide Varianten bieten unter zeitlichen, finanziellen und strategischen Gesichtspunkten unterschiedliche Vor- und Nachteile, die in der Studie genauer analysiert werden. Entscheidend sollte aber sein, dass der Bund bzw. die Länder ein ergebnisoffenes und diskriminierungsfreies Verfahren implementieren, so dass die Marktkräfte am Ende entscheiden werden, welche strukturellen Reformen im hiesigen Bankensektor umgesetzt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage, wie mit den Landesbanken weiter verfahren wird. Aufgrund der Beihilfeauflagen der europäischen Kommission ist davon auszugehen, dass es tatsächlich zu einem Rückzug der Länder als Haupteigentümer in relativ naher Zukunft kommen wird.

Dazu wäre in einem ersten Schritt lediglich notwendig, dass man die der Europäischen Kommission ohnehin schon versprochene Umstrukturierung der Landesbanken umsetzt, insbesondere die Konzentration auf deren Kernkompetenzen. Danach wäre der Weg frei für eine Privatisierung. Wie sich diese Privatisierung im Einzelnen auf die Struktur der deutschen Bankenlandschaft auswirken würde, könnte man durch einen diskriminierungsfreien und ergebnisoffenen Privatisierungsprozess dem Markt überlassen.

Die Bundesregierung hat die Notwendigkeit einer Exitstrategie erkannt. Konkrete Zeitpläne hat sie aber noch nicht vorgelegt. Auf Landesebene hat die bayerische Staatsregierung bereits angekündigt, die BayernLB bis 2014 teilweise und ein Jahr später komplett zu privatisieren. Ebenso gilt für die WestLB aufgrund von Vorgaben der Europäischen Kommission, dass bis zum 01. Januar 2012 ein Eigentümerwechsel vollzogen sein muss. Für alle übrigen Banken gilt, dass der richtige Ausstiegszeitpunkt abhängig von der Stabilität des Finanzsystems, sowie der Liquiditäts- und Kapitalausstattung der einzelnen Banken und ihrem Zugang zu privaten Finanzierungsquellen gewählt werden sollte.

Diese Zahlen zeigen einmal mehr: Der Staat ist nicht der bessere Banker. Wie die von Herrn Pellengahr vorgetragenen Umfrageergebnisse zeigen, hat dies auch die Bevölkerung erkannt. Und leider muss ich sagen, dass die Analyse der Krisenursachen die öffentliche Meinung bestätigt. Deswegen der Appell an die Politik, sich aus der Wirtschaft - ob Industrie oder Banken - zurückzuziehen und sich auf die eigentlichen Staatsaufgaben, dem Setzen von Regeln, zu konzentrieren.